

# Fertig gekocht

Trotz teurer Infrastruktur soll in städtischen Hortküchen Essen nur noch aufgewärmt werden

Um Kosten zu senken, sollen in der Stadt Zürich nur noch Horte entstehen, in denen das Essen angeliefert wird. Stadtratskandidat Filippo Leutenegger (fdp.) findet, man solle besser die unsinnigen Bauvorschriften für die Hortküchen beseitigen.

Jan Hudec

Im Kinderhaus Entlisberg wird noch selbst gekocht, doch damit soll jetzt Schluss sein. Ab Februar werden die rund 120 Kinder, die täglich die Kindertagesstätte besuchen, von der Menu and More AG verpflegt. Die Catering-Firma hat vor drei Jahren die Zürcher Stadtküche übernommen und beliefert den Grossteil der städtischen Horte. Der Vorteil: Das Essen muss vor Ort nur noch aufgewärmt werden. Im «Entlisberg» sei dies aber nur eine vorübergehende Lösung, sagt Hausdienstleiterin Christa Huber. Das Kinderhaus werde in den nächsten Jahren komplett saniert. Sei dies erst einmal abgeschlossen, wolle man in der Küche wieder selbst Hand anlegen: «Wir kochen hier schon seit 20 Jahren, und das wollen wir auch in Zukunft tun.»



Die Menu and More AG – die frühere Zürcher Stadtküche – liefert den meisten städtischen Horten das Mittagessen. KARIN HOFER / NZZ

## Luftdichte Toiletten

Damit ist das Kinderhaus Entlisberg eine Ausnahme. Nur gerade in 4 der über 300 städtischen Horte wird noch selbst gekocht. Obwohl das Essen vor Ort also lediglich aufgewärmt wird, verlangt die Stadt eine Kücheninfrastruktur, die höchsten Anforderungen gerecht werden muss: Selbst kleine Horte, in denen weniger als 25 Mahlzeiten am Tag zubereitet werden, brauchen zwei Gastro-Steamer. Werden über 25 Essen aufgewärmt, muss die Küche aus feuerpolizeilichen Gründen bereits ein separater Brandabschnitt sein. Kommt man bei der Essenslieferung auf dem Korridor an einer Toilette vorbei, so muss die WC-Türe luftdicht verschliessen, und im Inneren der Toilette sollte ein leichter Unterdruck herrschen. Ja, es ist sogar vorgeschrieben, wie lange es nachhallen darf, wenn man in der Küche etwas auf den Boden fallen lässt: 1 bis 1,5 Sekunden.

Sind solche Anforderungen nicht übertrieben für Küchen, in denen Essen nur aufgekocht wird? Nein, findet die Immobilien-Bewirtschaftung der Stadt Zürich. Vielmehr sei es so, dass in einigen Horten wegen einer veralteten Kü-

cheninfrastruktur die Kapazitäten nicht ausgeschöpft werden könnten, sagt der Kommunikationsverantwortliche Marc Huber. Die Auflagen der Stadt seien schon heute primär auf sogenannte Regenerierküchen ausgerichtet (also auf Küchen, in denen Mahlzeiten grundsätzlich aufgewärmt werden). Insofern gebe es momentan keinen Anlass, diese Standards zu überarbeiten.

## Küche für 200 000 Franken

Das heutige Regelwerk geht jedoch ins Geld. Der Bau einer Regenerierküche, welche die Verpflegung von 150 Schülern abdeckt, kostet 200 000 Franken. Um Kosten zu sparen, hat das Schulamt zusammen mit den Kreisschulpräsidenten und der Immobilienbewirtschaftung nun immerhin beschlossen, künftig ganz auf Produktionsküchen zu verzichten.

Eine mittelgrosse Produktionsküche zu bauen, koste doppelt so viel wie eine Regenerierküche und sie sei auch im Betrieb teurer, sagt der Kommunikationsverantwortliche Marc Huber. Abgesehen von den bestehenden Stand-

orten wird künftig also in keinem städtischen Hort mehr selbst gekocht.

## «Vorschriften abbauen»

Solche Massnahmen greifen viel zu kurz, findet Stadtratskandidat Filippo Leutenegger (fdp.), der mit seiner Frau eine Krippe und einen Hort gegründet hat. Ihm ist die Überregulierung ein Dorn im Auge. «Sie ist mit ein Grund, warum die Horte in der Stadt pro Jahr 100 Millionen Defizit schreiben», sagt er. In einem Hort mit 15 Kindern brauche es in der Küche doch keinen Abzug wie in einem Restaurant. Gerade bei kleinen Horten müssten die unsinnigen Vorschriften abgebaut werden, um private Initiativen nicht im Keim zu ersticken. Leutenegger hatte vor gut zwei Jahren im Nationalrat eine Motion zur «Beseitigung bürokratischer Hürden für den Bau und Betrieb von Kindertagesstätten» eingereicht. Sie wurde damals von Bundesrat und Parlament angenommen. In seiner Stellungnahme betonte der Bundesrat, dass die Kantone im Einzelfall durchaus von den gel-

tenden Hygienevorschriften abweichen dürften, die «eher auf grössere Lebensmittelproduktionsbetriebe ausgerichtet sind». Getan habe sich in Zürich aber bisher kaum etwas, sagt Leutenegger.

## «Wir nutzen den Spielraum»

Dem widerspricht das Gesundheits- und Umweltdepartement: «Selbstverständlich nutzen wir unseren Ermessensspielraum», sagt die Sprecherin Nicole Disler. Wenn jemand für eine kleine Kita in einer normalen Küche kochen wolle, lege die Stadt dieser Person keine Steine in den Weg. Leutenegger ist aber ohnehin der Meinung, dass sich das Hortsystem überlebt habe. Besser sollte man Tagesschulen mit freiwilligem Mittagessen einführen. «Damit liessen sich die Bedürfnisse der Familien besser abdecken und Kosten sparen.» Stadtrat Gerold Lauber setzt beim Thema Tagesschule auf zwei Wege: Manche Schulhäuser sollten auf ein Obligatorium setzen, andere lediglich die Mittagspause verkürzen; das Essen an der Schule müsse aber freiwillig bleiben.

# Lauber und Golta am freigebigsten

Bei Smartvote geben Zürcher Stadtratskandidaten Auskunft über finanzpolitische Prioritäten

Gerold Lauber (cvp.) möchte deutlich mehr für Bildung ausgeben, und Filippo Leutenegger (fdp.) sieht Sparpotenzial in fast allen Bereichen. Der Umgang mit den Stadtfinanzen variiert stark unter den Anwärtern für den Zürcher Stadtrat.

Die Stadt Zürich wird wohl in den nächsten Jahren entweder die Ausgaben senken oder die Steuern erhöhen müssen. So kommt der Frage, wo ein Stadtratskandidat oder eine Stadtratskandidatin die Ausgaben senken möchte, in diesem Wahlkampf besondere Bedeutung zu. In ihren Antworten zu den Fragen des Online-Portals Smartvote, die unter [www.smartvote.ch](http://www.smartvote.ch) abrufbar sind, haben die Kandidierenden dazu ihre Prioritäten angegeben.

## Bürgerlicher Sparer

Die Ausgaben im Vergleich zur Rechnung 2012 zurückfahren wollen vor allem Roland Scheck (svp.) und Filippo Leutenegger (fdp.). Bei Scheck gilt dies für alle Bereiche; seiner Ansicht nach

soll die Stadt gar «deutlich weniger» für Kultur und soziale Wohlfahrt einsetzen. Auch Leutenegger spricht sich generell für Ausgabenreduktionen aus, mit Ausnahme des öffentlichen Verkehrs, und merkt an, es brauche «mehr Effizienz». Bei Nina Fehr schlägt das Pendel ebenfalls in Richtung Sparen aus, allerdings weniger ausgeprägt. Sie hat nur bei Kultur und sozialer Wohlfahrt auf das Feld «weniger» geklickt. Diese drei bürgerlichen Kandidaten sprechen sich nirgends für Mehrausgaben aus.

Am ausgabefreudigsten zeigt sich Gerold Lauber (cvp.). Er möchte höhere Budgets für Polizei, Gesundheit und soziale Wohlfahrt. Als amtierender Schulvorstand ist er bereit, für die Bildung «deutlich mehr» auszugeben. Wie bei Lauber werden auch bei Raphael Golta (sp.) die gewünschten Mehrausgaben nicht durch Einsparungen wettgemacht. Golta sieht höheren Investitionsbedarf bei der Bildung und dem öffentlichen Verkehr. Samuel Dubno (glp.) ist in der Tendenz für Abstriche. Zwar will er mehr für öffentlichen Verkehr ausgeben. Er wirft aber auf der anderen Seite Einsparungen bei der Polizei und der Bildung in die Waagschale, wobei er bei Letzterer nur in der

Bildungsbürokratie Luft vermutet, wie er anmerkt. Markus Knauss (gp.) will die meisten Ausgabenposten so belassen, wie sie sind, mit Ausnahme der Bildung, die mehr Geld bekommen soll.

## Bisherige wollen nichts ändern

Leicht gemacht haben sich die Antworten die bisherigen Stadträte André Odermatt (sp.), Claudia Nielsen (sp.), Daniel Leupi (gp.), Andres Türler (fdp.), Richard Wolff (al.) und Stadträsidentin Corine Mauch: Sie haben überall kommentarlos das Feld «gleich» angekreuzt, was wohl bekräftigen soll, dass die Stadtregierung die Gelder genau richtig verteilt. 2010 peilte Mauch bei dieser Frage langfristig noch Ausgabenerhöhungen für die Kultur an. Im laufenden Wahlkampf hat sie eingeräumt, dass Steuererhöhungen ein Thema seien, wenn auf der Einnahmeseite keine Erholung stattfindet.

Odermatt wollte 2010 mehr für Bildung ausgeben und sprach sich zusammen mit Leupi für höhere Investitionen im Bereich «Umwelt und Raumordnung» aus. Jetzt wollen beide auf der Ausgabenseite nichts mehr ändern am Budget der Stadt.

## APROPOS

Wenn die NZZ das Gefängnis ist

nyf. · «Grüezi, ich rufe an wegen Herrn X, ich möchte ihn besuchen.» Immer wieder landen Anrufer direkt bei den Mitarbeitern der Abteilung Infografik bei der «Neuen Zürcher Zeitung» – dabei hatten sie wahrscheinlich gerade allen ihren Mut zusammengenommen und die Nummer des Gefängnisses Horgen eingestellt, wo sie einen Häftling kennen. «Kann ich Ihnen meine Nummer angeben?», begann kürzlich eine andere Anruferin das Telefongespräch mit dem diensthabenden Redaktor des Ressorts Zürich. Es stellte sich bald heraus, dass es um ihre Ausweisnummer ging, die sie der Arbeitslosenkasse des Kantons Zürich melden wollte. Die meisten dieser Anrufer reagieren nervös, wenn die NZZ-Mitarbeiter ihnen mitteilen, sie hätten sich wohl verwählt. Vielen ist es sehr unangenehm dabei, dass jemand – noch dazu von den Medien – mitbekommen hat, wen sie eigentlich anrufen wollten.

Dabei ist der Unterschied zur richtigen Telefonnummer ein denkbar kleiner – aber noch immer einmalig in der Schweiz. Als einzige Region ist Zürich mit zwei Vorwahlnummern ausgestattet. Seit rund zehn Jahren existiert die Vorwahl 043 für neu aufgeschaltete Nummern, seit 2004 auch die Vorwahl 044 für die «alten» Nummernbesitzer. Obwohl sich damals in Zürich Protest gegen die Abschaffung der ursprünglichen Vorwahl 01 formiert hatte, liess sich die Eidgenössische Kommunikationskommission (ComCom) nicht mehr umstimmen – unter anderem mit der Begründung, dass sich künftig die vielen durch Verwählen verursachten Anrufe bei den Kurznummern von Notfall- und Rettungsdiensten verhindern liessen. Dies ist zweifellos gelungen, und im Vergleich dazu ist es möglicherweise peinlich, aber nicht unbedingt gefährlich, die 044 statt der 043 zu wählen.

## Gegen Flugbetrieb in Dübendorf

Regierung bekräftigt ihre Haltung

sho. · Ob der Regierungsrat in Erwägung ziehe, sich mit einer eigenen Offerte an der Ausschreibung zur Nutzung des Flugplatzes Dübendorf zu beteiligen. Die listige Frage stellten drei Kantonsräte; der Walliseller Ruedi Lais (sp.) sowie Stefanie Huber (glp.) und Bruno Fenner (bdp.), beide aus Dübendorf. Allerdings ist bekannt, dass die Anrainergemeinden und der Regierungsrat die weitere aviatische Nutzung des Luftwaffenstützpunktes verhindern wollen, ausser einer Helikopterbasis. Ausgelöst hatte die Anfrage eine Pressemitteilung des Bundes, wo erwähnt wird, an der Erarbeitung der Ausschreibungsunterlagen sei der Kanton Zürich «massgeblich beteiligt» gewesen. In der Antwort an das Parlament bestätigt die Regierung dies, betont aber, ihre Vertretung habe nur darauf geachtet, dass formal-rechtliche und raumplanerische Vorgaben berücksichtigt worden seien. Dann ergreift sie die Gelegenheit, um erneut zu bekräftigen, dass sie die künftige Nutzung des Flugplatzes mit Flächenflugzeugen ablehnt und diesem Ansinnen des Bundes hohe planungsrechtliche Hürden entgegenstehen, die in kantonaler Kompetenz liegen.

Tatsächlich hatte das Trio danach gefragt, ob die Regierung eine Offerte für einen Betrieb einreiche, der keine aviatische Nutzung vorsehe, um aufzuzeigen, dass so der gesamtwirtschaftliche Nutzen grösser ist. Für ein solches Vorgehen sieht der Regierungsrat von vornherein «keine Chance». Das Ringen um den Flugplatz Dübendorf wird auch Thema der Richtplandebatte vom März im Kantonsrat sein. Die Regierung will die Piste aus der Karte streichen. Ein gegenteiliger Minderheitsantrag der SVP dürfte ohne Erfolg bleiben. Entschieden ist damit aber wenig: Der Bundesrat, der diese aviatische Infrastruktur nicht aufgeben will, muss dann den kantonalen Richtplan genehmigen.

## Glasfasernetz grösser, Leitung kleiner

EWZ meldet Stand und Pendlenz

rsr. · Fleissig baut das Stadtzürcher Elektrizitätswerk (EWZ) am Glasfasernetz, das bis 2019 rund 240 000 Haushalte und Unternehmen erreichen soll. Schon heute könnten 100 000 davon das Netz für schnelles Internet nutzen, wie das EWZ am Donnerstag mitgeteilt hat. Wie viele davon tatsächlich Gebrauch machen und mit Providern Verträge abgeschlossen haben, wird auch auf Nachfrage nicht gesagt. Dafür nennt Mediensprecher Harry Graf zwei weitere Zahlen: Dieses Jahr sollten 20 000 weitere Anschlüsse erstellt werden, so dass das EWZ mit dem Netzbau «im Fahrplan» bleibe. Auf das Angebot, ihr Haus kostenlos ans Netz anzuschliessen, verzichte knapp ein Zehntel der Besitzer.

Während das Glasfasernetz grösser wird, weist die EWZ-Geschäftsleitung derzeit ungewohnt kleine Ausmasse auf: Drei Mitglieder haben in den letzten Monaten – aus unterschiedlichen Gründen – gekündigt und sind noch nicht ersetzt worden. Diesen Umstand nutze man, um die Struktur der Leitung und die Geschäftsfelder zu evaluieren und allenfalls neu aufzupassen, meint Graf. Allerdings solle mit Entscheiden «nicht mehr allzu lange» zugewartet werden.